

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: 8 96 845 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Heinz Putzrath zum SPD-Verbot vor 60 Jahren: Die Hoffnung auf "legale" Opposition erwies sich als Trugschluß.

Seite 1

Reinhold Kopp zur Notwendigkeit einer Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik: Der Bonner Attentismus verschärft die Krise.

Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB zu den EG-Beschlüssen zur Lkw-Vignette: Auf's Absahnen beschränkt

Seite 4

Willi Rothley MdEP zur Forderung des kommunalen Wahlrecht für alle Ausländer einzuführen: Ausdruck von Hilflosigkeit.

Seite 4

Dokumentation

Erklärung des SPD-Präsidiums zum 60. Jahrestag des Verbots der Partei durch die Nazis. Wortlaut

Seite 5

48. Jahrgang / 116

22. Juni 1993

Die Hoffnung auf "legale" Opposition erwies sich als Trugschluß

Zum SPD-Verbot vor 60 Jahren

Von Heinz Putzrath

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten (AvS)

An der Abstimmung über Hitlers Ermächtigungsgesetz am 23. März 1933 konnten die Kommunisten schon nicht mehr teilnehmen. Aber auch die sozialdemokratischen Funktionäre und prominente Mandatsträger wurden verfolgt. Der Reichstagsabgeordnete W. Solmann lag nach schwerer Mißhandlung im Krankenhaus, seine Kollegen Julius Leber und Carl Sevaring wurden auf dem Weg zum Tagungsort verhaftet.

Die Presse der SPD war vorher schon mit ständigen Verböten am Erscheinen gehindert, Versammlungen wurden durch die SA-Banden gesprengt, die Teilnehmer, soweit erreichbar, zusammengeschlagen.

Wer konnte unter diesen Umständen noch an eine organisierte erfolgreiche Abwehr denken? Dazu war es zu spät.

Der SPD-Parteivorstand war am 26. April zu einer Sitzung zusammengetreten, auf der Otto Wels und Hans Vogel als Vorsitzende gewählt wurden. Eine Reihe führender Sozialdemokraten war bereits geflohen, darunter Otto Braun, Albert Grzesinski, Philipp Scheidemann, Wilhelm Dittmann, Rudolf Breitscheid, Artur Crispien und Rudolf Hilferding, andere waren untergetaucht. Man beschloß, drei Mitglieder nach Saarbrücken zu schicken, das unter französischer Verwaltung stand.

Den Vorstandsmitgliedern Otto Wels, Siegfried Crummenerl und Friedrich Stampfer mußten wenige Tage danach Hans Vogel, Erich Ollenhauer und Paul Hertz folgen. Sie bildeten den Exilvorstand der SPD (SOPADE).

Als die Mehrheit der Reichstagsfraktion trotz Morddrohungen des NS-Reichsinnenministers Frick, trotz Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai und trotz Ermordung und Masseninhaftierungen von Mitgliedern der Arbeiterbewegung beschloß, einer "Friedensresolution" der Hitler-Regierung am 17. Mai zuzustimmen, stieß diese Haltung auf den Widerstand des Exilvorstandes. Er war jetzt das einzige freie Sprachrohr der SPD.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
mit. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
on recycled paper
Recycling-Paper



Während im Reich die Fraktionsmehrheit um Paul Löbe noch an Kompromisse mit der NS-Regierung glaubte und sich an eine legale Opposition klammerte, stimmte die Minderheit, darunter auch Kurt Schumacher, der Ansicht des Exlvorstandes zu, daß jetzt nur ein aktiver Widerstand gegen das Regime in Frage kommt.

Am 10. Mai 1933 waren bereits die meisten Einrichtungen der SPD beschlagnahmt worden. Am 2. Juni beschloß der Exlvorstand der SPD, von Saerbrücken nach Prag zu gehen. Am 18. Juni erschien die erste Ausgabe der Wochenzeitung 'Neuer Vorwärts', gedruckt in Karlsbad.

Die Reichstagsfraktion der SPD sprach sich auf ihrer letzten Sitzung am 10. Juni für ein Verbleiben des Parteivorstandes in Berlin aus. Wenige Tage später wählte eine Reichskonferenz einen neuen Vorstand, darunter den langjährigen Reichstagspräsidenten Paul Löbe, den Berliner Bezirksvorsitzenden Franz Künstler und den ehemaligen Ministerpräsidenten von Mecklenburg und Lübecker Abgeordneten Johannes Stelling.

Wie es weiterging, beschreibt Willy Brandt in seinem Buch 'Links und frei': 'Es half alles nichts mehr. Die Nazis lösten die Partei kurzerhand auf. Dreitausend Funktionäre wurden auf einen Schlag verhaftet, eine Anzahl von Ihnen ermordet. So wurde Stelling mit zehn anderen nach schrecklichen Mißhandlungen eines der Opfer der 'Köpenicker Blutnacht'. Seine in einen Sack gehüllte Leiche, die aus der Dahme gezogen wurde, wies 21 Dolchstiche auf.'

Am 22. Juni 1933 wurde die SPD verboten. Schon am nächsten Tag wurde auch Paul Löbe verhaftet. Die Hoffnung auf eine 'legale' Opposition zu einem Terror-Regime erwies sich als Trugschluß. Der spätere Ministerpräsident und damalige Reichstagsabgeordnete Wilhelm Högnér schrieb: 'Wir waren weder Fisch noch Fleisch... Offenkundige Schwäche wirkt nicht, sondern stößt zuletzt die treuesten Anhänger ab.'

Die Erkenntnis, daß Widerstand gegen die NS-Diktatur der einzige Weg ist, um politisch und moralisch bestehen zu können, einigte schließlich die deutschen Sozialdemokraten.

(-/22. Juni 1993/rs/fr)

Der Bonner Attentismus verschärft die Krise **Zur Notwendigkeit einer Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik**

Von Reinhold Kopp
Wirtschaftsminister des Saarlandes

Roland Berger hat dieser Tage darauf aufmerksam gemacht, daß gut die Hälfte der deutschen Industrie durch die Kosten-, Qualitäts- und Innovationskonkurrenz aus Asien und Nordamerika bedroht sei. Es kommt hinzu: Hongkong liegt vor unserer Tür - in Gestalt der osteuropäischen Industriestaaten.

Weiter ist nicht mehr zu bestreiten, daß die gegenwärtige Rezession nicht auf konjunkturelle, sondern vor allem strukturelle Ursachen hat. Dafür steht etwa die nachhaltige Schwäche der deutschen Investitionsgüterindustrie. Das Münchner Ifo-Institut weist nach, daß der Anteil 'wachstumsträchtiger' Erzeugnisse am Umsatz der westdeutschen Industrie 1992 weiter abgenommen hat.

Die Bonner Wirtschaftspolitik beantwortet diese Krisensignale mit Attentismus. Das Bundeswirtschaftsministerium benimmt sich seit Jahren wie ein Manöverbeobachter, der sich darauf beschränkt die Artillerietreffer zu melden. Die konservative Wirtschafts- und Währungspolitik verbucht nur Mißerfolge. Sie muß sich radikal ändern.

- Statt einen dynamischen Strukturwandel zu fördern, verhält sie sich prozyklisch; strukturverbessernde Investitionen werden im Westen auf breiter Ebene gekappt (Gemeinschaftsaufgabe, Hochschulbau- und Städtebauförderung, Qualifizierung nach dem Arbeitsförderungsgesetz und anderes).
- Die Währungspolitik hat einseitig auf Stabilitätssicherung gesetzt; vier Aufwertungen in acht Monaten haben die Exporte im Durchschnitt um zehn Prozent verteuert, gegenüber einzelnen Mitgliedstaaten sogar um mehr als 20 Prozent. Es ist daher Zeit, das Zinsniveau kurzfristig unter das der Kapitalmarktzinsen zu senken.
- Wir brauchen eine Trendwende hin zu einer Industriepolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland stärkt. Das Ifo-Institut weist zu Recht darauf hin, daß die Wirtschaft ausreichende Innovationsstärke nur durch den Flankenschutz staatlicher Technologiepolitik erreichen kann. Wie in Japan und USA benötigen wir Investitionen in die Forschungsinfrastruktur und den Technologietransfer. Die Forschungsförderung muß optimiert werden, um Produktinnovationen zu beschleunigen. Die Forschungsinvestitionen von Unternehmen müssen wieder steuerlich begünstigt beziehungsweise Abschreibungsverbesserungen für Forschung und Entwicklung eingeführt werden.
- Humankapital ist die wichtigste Ressource entwickelter Industrieländer. Die Mittel für Qualifizierung - auch für den Erwerb sozialer und europäischer Kompetenzen müssen deutlich erhöht werden. Nur durch die Nutzung des kreativen Leistungspotentials ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können die Unternehmen zu lernenden Systemen werden und die Produktivitätsdefizite gegenüber den Hauptkonkurrenten abbauen.
- Das strategische Konzept einer Exportnation darf sich nicht auf die Verteidigung des europäischen Binnenmarktes beschränken. Das Handelsdefizit gegenüber Japan wächst seit 1971 kontinuierlich. Der Marktanteil wichtiger Branchen wie des Maschinenbaus ist in den USA von 33 Prozent auf 15 Prozent zurückgegangen. In Asien beträgt er gerade noch fünf Prozent. Die Globalisierung der Handelsbeziehungen, aber auch die Notwendigkeit großer Losgrößen für die Produktion macht die qualifizierte Präsenz in allen Märkten der Triade unumgänglich.
- Beweglichkeit der Tarifpartner ist gefordert, wenn es darum geht, flexiblere Muster der Arbeitszeitgestaltung zu entwickeln.
- Was insgesamt aussteht, ist ein Fitneß-Programm für Management und Politik.

Die Wirtschaft muß die Weichen für ein effizientes Innovationsmanagement stellen, das das Humanvermögen nutzt, das Denken in Netzwerken und Wertschöpfungsketten fördert und zur integrierten Betrachtung von Produkt, Produktionsprozessen und Marktzugängen führt. Die Politik darf sich nicht hinter ordoliberalen Theorien verstecken, sondern muß aktiv den Dialog mit Wissenschaft und Wirtschaft moderieren. Eine offensive Wirtschaftspolitik braucht auch operationelle Programme zum Beispiel für öffentliche Zukunftsinvestitionen in Energie- und Umweltechnologie, neue Materialien, integrierte Kommunikationstechnologien. Nur so können wir das Fenster der Verwundbarkeit schließen.

(-/22. Juni 1993/rs/fr)

Auf's Absahnen beschränkt
Zu den EG-Beschlüssen zur Lkw-Vignette

Von Klaus Daubertshäuser MdB
Verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Beschlüsse des EG-Verkehrsrats vom Samstag zur Einführung einer sogenannten Regionalvignette für Lkw in den Beneluxstaaten, Dänemark und Deutschland sind allenfalls als ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung zu werten. Insgesamt sind die Ergebnisse jedoch unbefriedigend. Die vorgesehene Maximalthöhe der Vignette von 2.500 DM, die überdies nur für Lkw mit vier und mehr Achsen gilt, deckt auch nicht annähernd die Wegekosten, die ausländische Lkw hier verursachen. Hierfür wäre ein Jahrespreis von mindestens 10.000 DM erforderlich. Gleichzeitig erlaubt der Ministerratsbeschluss den EG-Mitgliedstaaten, ihre Lkw-Steuern bis auf 1.400 DM abzusenken. Auf diesem Wege können zum Beispiel die Niederländer die alten Wettbewerbsverzerrungen im Verhältnis zum deutschen Straßengütergewerbe wiederherstellen.

Außerordentlich kritisch wirken sich die Beschlüsse auf die Situation der Deutschen Bahnen im Jahre 1994, dem ersten kritischen Jahr der vorgesehenen Bahn AG aus. Während bereits im nächsten Jahr die deutsche Kfz-Steuer halbiert werden soll und gleichzeitig eine massive Aufstockung der Kabotage-Genehmigungen für ausländische Unternehmen vorgenommen wird, wird die Vignette erst zum 1. Januar 1995 eingeführt. Damit gewinnt der Lkw auf dem deutschen Güterverkehrsmarkt einen zusätzlichen Wettbewerbsvorsprung, der die Bahn weiter im Abseits beläßt.

Die zusätzlich von der CDU/CSU-Fraktion ins Spiel gebrachte Pkw-Vignette wird die Situation für die Bahn auch auf dem Personenverkehrsmarkt weiter verschlechtern. Wer einmal seine Jahresgebühr für die Benutzung der Autobahnen entrichtet hat, wird sich im Zweifel stets für die Benutzung des Pkw entscheiden. Eine solche Pkw-Vignette hat keine verkehrspolitische Lenkungswirkung; sie ist ein reines Abkassieren der Autofahrer.

Wenn kein schwerer verkehrspolitischer Schaden entstehen soll, muß auf die Pkw-Vignette verzichtet werden und im Bereich des Gütertransports die Bahn bis zu der 1997 vorgesehenen Revision der Luxemburger Beschlüsse durch andere Maßnahmen in den Wettbewerbsbedingungen mit ihren Konkurrenten wieder gleichgestellt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion wird dieses Thema zu einem Kernpunkt in den laufenden Beratungen zur Bahnreform machen.

(-/22. Juni 1993/rs/fr)

Ausdruck von Hilflosigkeit
Zur Forderung, das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer einzuführen

Von Willi Rothley MdB

Zu der Forderung, das kommunale Wahlrecht auch für Ausländer einzuführen, die nicht aus der Europäischen Gemeinschaft kommen, möchte ich zur Klarstellung darauf hinweisen, daß hierfür ausschließlich der Landesgesetzgeber zuständig ist.

Die Europäische Gemeinschaft hat hierfür absolut keine Kompetenz

Im Vertrag von Maastricht ist vereinbart, in den EWG-Vertrag einen Artikel 8 b einzufügen, dessen Ziffer 1 wie folgt lautet:

Jeder Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit er nicht besitzt, hat in dem Mitgliedstaat, in dem er seinen Wohnsitz hat, das aktive und passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen, wobei für ihn dieselben Bedingungen gelten wie für die Angehörigen des betreffenden Mitgliedstaats. Dieses Recht wird vorbehaltlich der Einzelheiten ausgeübt, die vom Rat vor dem 31. Dezember 1994 einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Anhörung des europäischen Parlaments festzulegen sind; in diesem können Ausnahmeregelungen vorgesehen werden, wenn dies aufgrund besonderer Probleme eines Mitgliedstaats gerechtfertigt ist.

Unionsbürger ist, wer die Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaates besitzt.

Keinesfalls kann dieser neue Artikel im Sinne einer Mindestverbürgung ausgelegt werden, wonach das kommunale Wahlrecht für Unionsbürger gewährleistet werden, aber auf alle ausländischen Einwohner in der Gemeinschaft ausgedehnt werden könne.

Die Kommission, die einen Rechtsakt vorschlagen muß, wird deshalb ihren Vorschlag auf das kommunale Wahlrecht für Bürgerinnen und Bürger aus der EG beschränken.

Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle anderen ausländischen Einwohner in Rheinland-Pfalz wäre deshalb Sache des Landtags in Mainz. Die Initiativen müßten von der Landesregierung oder den Fraktionen des Landtags ausgehen.

Dabei wären die Grundsätze, die das Bundesverfassungsgericht in seinen Entscheidungen vom 31. Oktober 1990 zum schleswig-holsteinischen Wahlgesetz für die Gemeinde- und Kreisvertretungen und zum hamburgischen Gesetz über die Wahl von Bezirksversammlungen aufgestellt hat, ebenso zu beachten wie die Tatsache, daß der vom Deutschen Bundestag beschlossene neue Artikel 28 Absatz 1 Satz 3 das kommunale Wahlrecht nur für Personen eröffnet, die die Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Gemeinschaft besitzen.

Eine weitergehende Verfassungsänderung ist nach den erwähnten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts ausgeschlossen. *Nach alledem ist dem Landesgesetzgeber verwehrt, auch Ausländern das Wahlrecht zu den Vertretungen des Volkes in den Gemeinden einzuräumen. Das schleswig-holsteinische Gesetz zur Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes vom 9. Februar 1989 ist daher mit Artikel 28 Absatz 1 Satz 2 GG unvereinbar und nichtig. Daraus folgt nicht, daß die derzeit im Bereich der Europäischen Gemeinschaft erörterte Einführung eines Kommunalwahlrechts für Ausländer nicht Gegenstand einer nach Artikel 79 Absatz 3 GG zulässigen Verfassungsänderung sein kann*. (BVerfGE Band 83 s. 59)

Mit anderen Worten: Die Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle ausländischen Einwohner wäre verfassungsrechtlich nicht einmal durch eine Verfassungsänderung möglich.

Die Forderung nach Einführung eines solchen kommunalen Wahlrechts ist daher unrealistisch und Ausdruck der Hilflosigkeit angesichts der Eruptionen von Haß und Gewalt gegen Ausländer.

Es kommt vielmehr darauf an, daß der Staat diesen mörderischen Mob als das behandelt, was er ist, nämlich ein Feind unserer freiheitlichen Demokratie, die auf Toleranz und Achtung der Menschenwürde gegründet ist, und daß er deshalb endlich gegen ihn mit der ganzen Wucht seiner Institutionen vorgeht.

(-/22. Juni 1993/rs/fr)

DOKUMENTATION

Vor 60 Jahren: SPD als "staats- und volksfeindlich" verboten

Zum 22. Juni 1933, dem Tag des Verbots der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch die NS-Regierung, hat das Präsidium der SPD die folgende Erklärung verabschiedet:

Das nationalsozialistische Gewaltregime setzte mit dem Verbot der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 22.6.1933 einen vorläufigen Höhepunkt in seiner Politik der terroristischen Verfolgung Andersdenkender. Die älteste demokratische Partei in Deutschland, die Sozialdemokratische Partei, wurde zur "staats- und volksfeindlichen Partei" erklärt.

Diejenigen Sozialdemokraten, die von den Verhaftungswellen bislang verschont geblieben waren, wurden endgültig aus ihren öffentlichen Ämtern und gewählten Mandaten entfernt. Sozialdemokratische Versammlungen waren ab sofort untersagt, Zeitungen und Zeitschriften durften nicht mehr herausgegeben werden. Das gesamte Vermögen wurde beschlagnahmt.

Das Verbot wurde begleitet von einer ungeheuren Terrorwelle, traurig-berühmt geworden unter dem Stichwort "Köpenicker Blutwoche". Die nationalsozialistischen Verbände SA und SS verschleppten und mißhandelten hunderte Menschen, insbesondere aktive Mitglieder und Funktionäre der SPD, der Gewerkschaften und der KPD. Sie haben viele von ihnen dabei ermordet, unter ihnen das Mitglied des SPD-Parteivorstandes Johannes Stelling. In den Wochen danach folgte die Verhaftung weiterer tausender Sozialdemokraten, darunter unter anderem die der SPD-Parteivorstandsmitglieder Paul Löbe, Franz Petrich und Max Westphal sowie kurz darauf die Kurt Schumachers.

Viele von ihnen hatten danach Jahre der Folter und der Qual in Konzentrationslagern zu überstehen, viele überlebten diese Jahre nicht.

Die SPD gedenkt heute der verfolgten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Mit uneingeschränktem Respekt verneigen wir uns vor all denen, die auf vielfältige Weise dem nationalsozialistischen Terrorregime die Gefolgschaft verweigert und Widerstand geleistet haben. Sie haben den Terror nicht aufhalten, das Morden nicht verhindern können. Aber sie haben in der Welt das Bild des anderen, des besseren, des demokratischen Deutschland wachgehalten. Sie haben durch ihr mutiges Verhalten anderen ein Beispiel gegeben und die Hoffnung auf ein friedliches und demokratisches Deutschland nicht untergehen lassen.

Ohne den Beitrag dieser vielen Frauen und Männer wäre der Wiederaufbau Deutschlands auf den Trümmern der Nazibarbarei undenkbar.

(-/22. Juni 1993/rs/fr)
